

BUNDESTAGSREPORT

der Landesgruppe Brandenburg

In dieser Ausgabe:

Untersuchungsausschuss gefordert

Eine einfache Wahrheit

Wählen ab 16

Sachverständigenrat für Umweltfragen

Gefährliches Spielzeug



Deutscher Waffenexport

DIE LINKE.
LANDESGRUPPE BRANDENBURG

Bundestagsreport 22 / 2011 der Landesgruppe Brandenburg

DIE LINKE.

Für eine neue soziale Idee.

Inhalt

Ein Bombengeschäft.....	Seite 04
von Wolfgang Nešković	
Bei Rechtsextremismus umfassende Aufklärung notwendig.....	Seite 06
von Dr. Dagmar Enkelmann	
Das Bugs-Bunny-Prinzip.....	Seite 08
von Thomas Nord	
Rot-rot setzt auf mehr Beteiligung von Jugendlichen	Seite 10
von Diana Golze	
Nachrichten aus der inneren Mongolei – neue Eskapaden der FDP.....	Seite 12
von Sabine Stüber	
Gift auf dem Gabentisch.....	Seite 14
von Dr. Kirsten Tackmann	
Pressemitteilungen.....	Seite 16
Anträge, Anfragen & Initiativen.....	Seite 24
Reden.....	Seite 34
Kontakt	Seite 35
Impressum	Seite 36

Ein Bombengeschäft

von Wolfgang Nešković

Deutschland hat im vergangenen Jahr so viel Geld mit Waffenhandel verdient, wie noch nie. Das ist das traurige Ergebnis des Rüstungsexportberichts der Bundesregierung. Der Umsatz mit tatsächlich ausgeführten Waffen ist um ungefähr 50% im Vergleich zum Jahr 2009 angestiegen. Damit beläuft sich das Waffengeschäft auf über zwei Milliarden Euro. Hinzu kommen Vertragsabschlüsse der deutschen Waffenindustrie in Höhe von fünf Milliarden Euro. Ein „Bombengeschäft“, wie der Spiegel mit Grund doppeldeutig schreibt. Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt.

Rüstungsexportkontrolle klingt zu Unrecht nach einer funktionierenden staatlichen Aufsicht. Die Regierung versteht sich **allein** Anschein nach als Helfer der Kriegsindustrie, nicht als deren Kontrolleur. So hat sie offenbar nichts gegen einen Panzerdeal mit Saudi-Arabien einzuwenden. Die dortige Regierung möchte 270 Kampfpanzer vom Typ Leopard 2 kaufen. Anhand solcher Fälle stellt sich die Frage: Wie glaubwürdig ist die deutsche Außenpolitik, wenn Regierungsvertreter die Proteste der Bevölkerung im nordafrikanischen und arabischen Raum in Sonntagsreden begrüßen – während dieselben Personen zeitgleich Ja sagen zu Waffenexporten in Staaten wie Saudi-Arabien?

Derart anrüchige Geschäfte sind nicht die Ausnahme. Wie mein Kollege Jan van Aken in einer Bundestagsrede dargelegt hat, belaufen sich deutsche Rüstungsexporte in den Nahen Osten und Nordafrika in den letzten zehn Jahren auf Aufträge im Wert von 3,5 Milliarden Euro. Die dortigen Regierungen sind und waren

Geschäftspartner, die Demonstranten gewaltsam bekämpfen und Menschenrechte mit Füßen treten, wenn es um den Erhalt der eigenen Macht geht.

DIE LINKE hat angesichts des Exportverhaltens der Bundesregierung drei Forderungen:

Erstens sollte der Export von Kleinwaffen sofort verboten werden. Kleinwaffen sind die tödlichsten Kriegsgeräte. Ist ein Konflikt beendet, können sie ohne Problem in neue Krisengebiete transportiert werden. Wer sie verkauft, befördert den schnellen, unkontrollierbaren Waffenhandel.

Zweitens darf Deutschland keine Waffenfabriken mehr exportieren. Deutsche Waffenfirmen bauen weltweit Fabriken auf, die Rüstungsgüter produzieren, unter anderem auch in Saudi-Arabien. Wer Kriegsgerät im Ausland produziert und verkauft, gibt jedoch jede Kontrolle aus der Hand. Deshalb gehören solche Geschäfte unterbunden.

Drittens dürfen keine Waffenexporte mehr in Länder gehen, die für Menschenrechtsverletzungen bekannt sind. Dasselbe gilt für Krisengebiete. Für diese Fälle sollte es ein gesetzliches Ausfuhrverbot geben.

Besonders wichtig ist aber, dass das Parlament eine entscheidende Rolle bei der Rüstungsexportkontrolle erhält. Momentan ist die Ausfuhrkontrolle alleinige Sache der Regierung. Sie nimmt ihre Aufgabe jedoch nicht wahr. Deshalb ist die Beteiligung des Parlaments erforderlich.



Bei **Rechtsextremismus** umfassende Aufklärung notwendig



von Dr. Dagmar Enkelmann

Je länger die Ermittlungen zur rechtsextremen Mordzelle dauern, desto mehr zeichnet sich das Bild eines verzweigten Netzwerkes ab, das offensichtlich bis in die NPD hineinreicht. Zugleich ergeben sich immer mehr Fragen an die Sicherheitsbehörden, an die Polizei und vor allem den Verfassungsschutz, die bei den rechtsextremen Umtrieben offenbar mehr weg- als hingesehen haben. Ein Bemühen um umfassende Aufklärung ist auch ein Beitrag, um die Schuld an den Opfern der Mordserie und ihren Familien abzutragen.

Deren Ende November hatte ich gegenüber den Medien einen Untersuchungsausschuss des Bundestages zur rechtsextremen Mordserie verlangt. Diese Forderung fand Eingang in das 5-Punkte-Programm gegen Rechtsextremismus, das die Fraktion DIE LINKE ebenfalls Ende November verabschiedete. Im Unterschied zur Untersuchungs-Kommission, die Bund und Länder vergangene Woche beschlossen, kann der Ausschuss das Erscheinen von Zeugen zu erzwingen, bei Aussageverweigerung ein Ordnungsgeld festzusetzen oder Personen sogar in Haft nehmen lassen. Wie vor Gericht sind Falschaussagen strafbewehrt. Damit ist eine deutlich wirksamere Aufklärung möglich. Die Untersuchungskommission ist zudem eine Einrichtung der Behörden, deren Tun oder Nichttun gerade ergründet werden sollte – nicht die beste Voraussetzung für Transparenz.

Antrag fokussiert sich als Ziel der Ausschussarbeit zu sehr auf die V-Leute in der NPD. DIE LINKE will einen deutlich weiter gefassten Untersuchungsauftrag. Wir wollen auch wissen, warum weder Bundesanwaltschaft noch andere Bundesbehörden darunter auch das Bundeskanzleramt, die Verdachtsmomente ernsthaft hinterfragt haben. DIE LINKE interessieren auch denkbare Verbindungen ins Ausland und die rechtsextremen Einstellungsmuster in der Gesellschaft, der Nährboden rechtsextremer Gewalt.

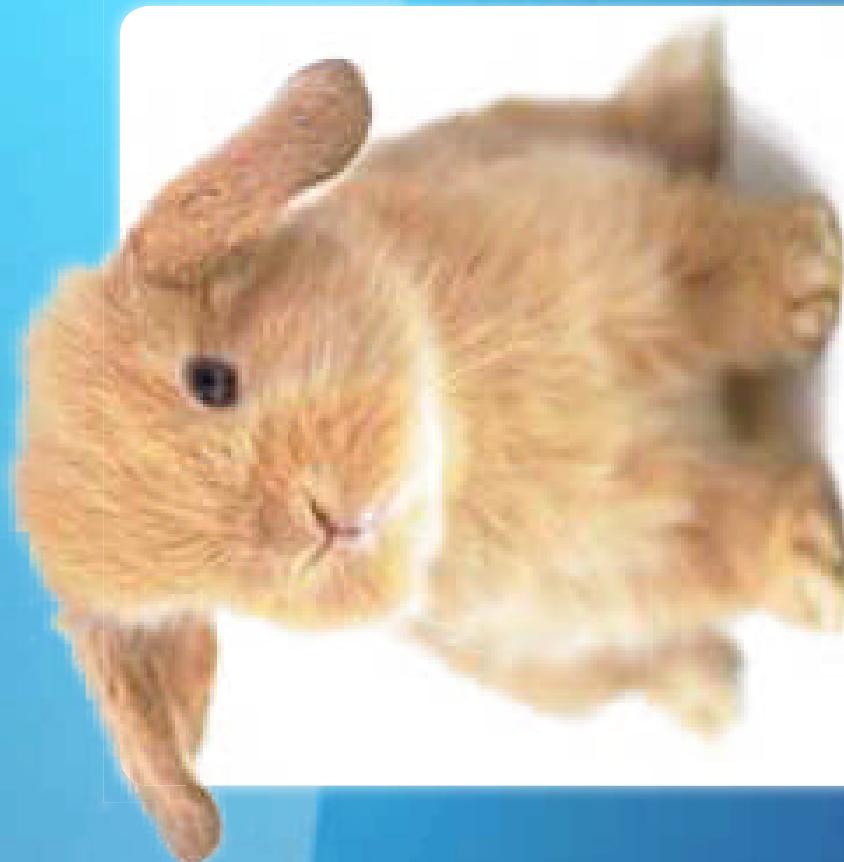
Dass die gesellschaftliche Situation rechtsextremes Gedankengut begünstigt, ist nicht zu bezweifeln. Erst kürzlich legte der Bielefelder Forscher Wilhelm Heitmeyer seine jährliche Studie vor, laut der seit 2009 Fremdenfeindlichkeit sowie die Abwertung von Obdachlosen, Behinderten und Langzeitarbeitslosen wieder signifikant angestiegen sind. Das betreffe nicht nur, wie meist angenommen, Jugendliche, sondern auch Ältere über 60 Jahre.

Ob der Untersuchungsausschuss zu stande kommt, wird sich erst Anfang 2012 entscheiden. Votieren die Fraktionen der LINKE und der Grünen geschlossen für den Untersuchungsausschuss, fehlen noch immer mindestens 11 Stimmen, um das nötige Quorum von 25 Prozent der Mitglieder des Bundestages zu erreichen. Damit hängt viel vom Verhalten der anderen Fraktionen, insbesondere der SPD ab. Ob sie an einer umfassenden Aufklärung Interesse hat, muss sich zeigen. Schließlich war ihr heutiger Chef Steinmeier ab 1999 sechs Jahre lang Chef des Bundeskanzleramtes und Geheimdienstkoordinator.

Mitte der Woche haben die Grünen den anderen Fraktionen den Entwurf eines Antrags zur Einrichtung eines Untersuchungsausschusses vorgelegt. Dieser stellt DIE LINKE noch nicht zufrieden. Der

Einer der möglichen Kanzler-Kandidaten der SPD, Peer Steinbrück, sagte vor wenigen Monaten im Parlament anlässlich einer der vielen Debatten, die seit 2010 über die Euro-Krise geführt werden, die Politik muss schneller sein als die Märkte. Die Politik, dass ist in diesem Fall die Umsetzung der Entscheidungen der Europäischen Union, ihrer Institutionen und den abstimmungsberechtigen Gremien sämtlicher Mitgliedsstaaten. Die Politik kommt aber schon jetzt mit der Umsetzung der Entscheidungen nicht hinterher, die Märkte kümmert es nicht, sie sind schon weiter. Angesichts der aktuellen Entwicklung in der Euro-Krise werden die Reaktionen auf die Vorgaben der Märkte hektisch erhöht. Das Märchen vom Hasen und vom Igel kennen wir alle. Aber in diesem Fall trifft das nicht. Denn der Hase und der Igel haben nicht das gleiche Ziel. Erinnern Sie sich an Bugs Bunny?

Das Bugs-Bunny-Prinzip



von Thomas Nord

neuer zwischenstaatlicher Vertrag, mit dem das bestehende EU-Vertragsrecht umgangen werden soll, ausgearbeitet und durch die sich beteiligenden nationalen Parlamente bestätigt werden. Dies ist schon alleine durch den bis Juni dauernden französischen Präsidentschaftswahlkampf offensichtlich. Matriatur, nach Februar wird dort nichts mehr entschieden. Es wundert nicht, dass die großen Wirtschaftszeitungen am Montag darauf die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs vom 9. Dezember als von der Realität überholt bezeichneten. Seitdem fallen Euro und DAX wieder, der Vertrauensvorschuss der Märkte auf den Gipfel ist aufgebraucht. Italien hat am Mittwoch 6,47 % als Reaktion der Anleger für fünfjährige Staatsanleihen bezahlt. Das ist der höchste Wert seit Einführung des Euro. Bereits wenige Wochen nach Amtsantritt wird in Italien nun über das Ende der Finanzmarktregeierung Monti spekuliert.

Die undemokratische Art und Weise, wie Der in das Amt gebracht wurde, wird in Italien offen als Staatsstreich kommentiert. Nach Irland, Portugal, Spanien, Slowakei und Griechenland steht nun auch Deutschland in einen Abgrund gelauften ist, als wäre fester Grund unter ihm. Irgendwann schaut er nach unten und erschrickt heftig angesichts der Erkenntnis seiner Situation. Er beschleunigt sein Tempo jetzt noch einmal umso mehr. Aber nun, wo er seine wirkliche Lage erkannt hat, verharrt er trotz einem irrem Tempo auf der Stelle. Er kommt nicht mehr weiter. Es ist zu spät. Das Unvermeidliche passiert. Er stürzt gnadenlos ab. Tief in den Abgrund. Und aufgeschlagen rappelt er sich nach zwei, drei, vier Sekunden benommen wieder auf und schüttelt das Gewesene einfach ab, denn er ist, man erinnert sich, doch nur Farb- und Pinselstrich.

Auf dem Treffen der europäischen Staats- und Regierungschefs in Brüssel vom zurückliegenden Wochenende wurden wieder einmal weitreichende Beschlüsse zur Lösung der Euro-Krise gefasst. Bis Juni 2012 soll ein

uf dem politischen Boden stehen. Die Beschlüsse des EU-Gipfel vom vergangenen Wochenende heißen: Jetzt nur nicht nach unten schauen!

Rot-rot setzt auf mehr Beteiligung von Jugendlichen

von Diana Golze

In Brandenburg gilt nun ein Wahlrecht ab 16 Jahren: Jugendliche können an den Wahlen zum Landtag, zu Gemeindevertretungen sowie von Bürgermeistern und Landräten teilnehmen.

Ein entsprechender Gesetzentwurf von SPD und LINKEN zur Änderung der Landesverfassung wurde diese Woche im Landtag verabschiedet. Erfreulich ist, dass Brandenburg als erstes Flächenland Jugendlichen ab 16 Jahren ein Wahlrecht auch auf der Landesebene gewährt und so ein Zeichen für die Umsetzung von Beteiligungsrechten von Jugendlichen setzt.

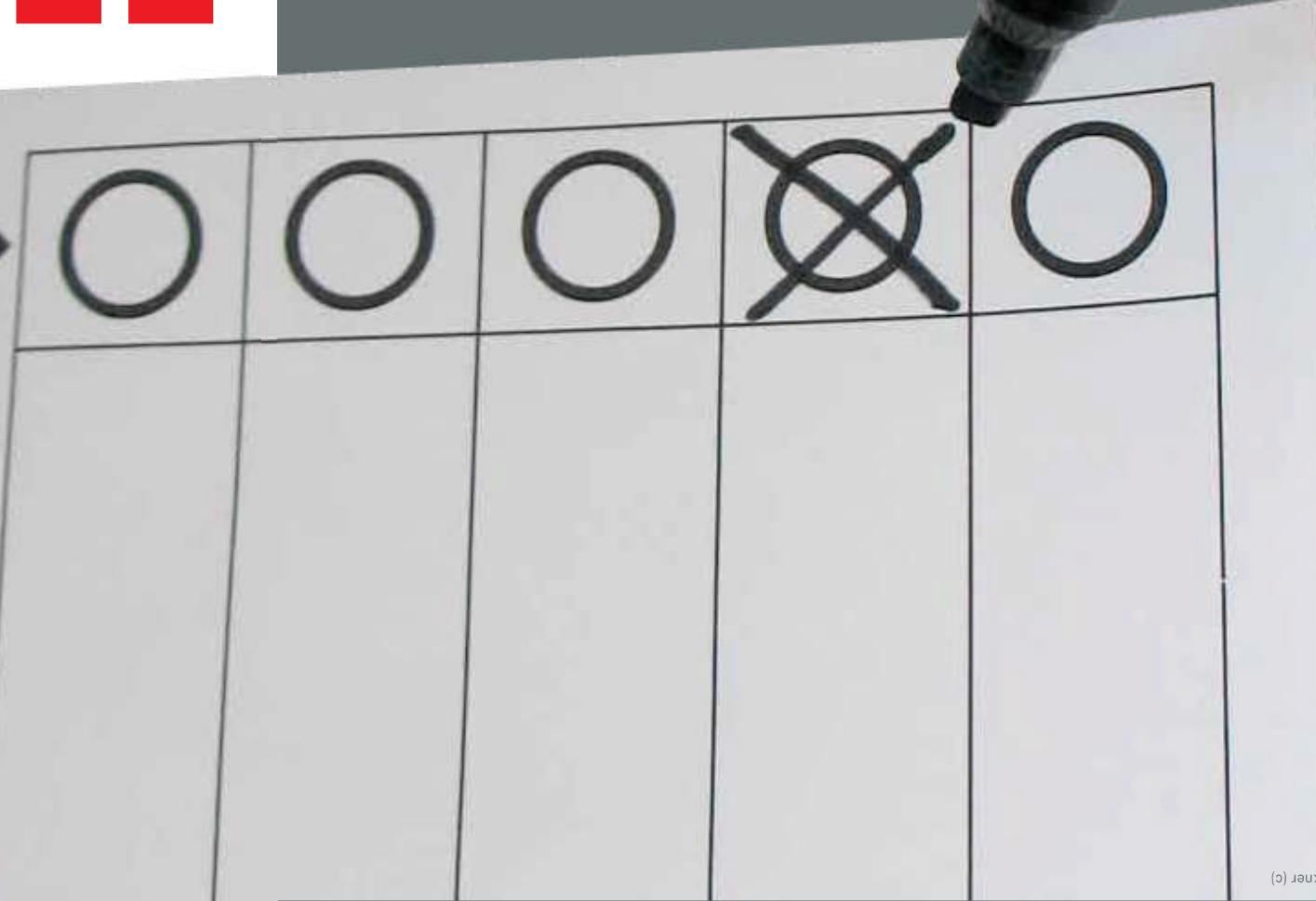
Bedauerlich hat die Forderung der LINKEN, dass bei Volksabstimmungen Unterschriften auch frei auf Straßen und Plätzen gesammelt werden können, in der Koalition und im Landtag keine Mehrheit gefunden. Für viele Bürgerinnen und Bürger stellen die Wahlen die einzige Möglichkeit der politischen Partizipation dar. Danach wird das Arbeiten im politischen Rahmen auf die gewählten Parteien und deren Politiker/innen übertragen. Wege, aus dieser Demokratiefalle herauszukommen, gibt es viele – sie müssen eben aber auch politisch gewollt sein. Gerade darum hat sich DIE LINKE in Brandenburg auch dafür stark gemacht, dass Jugendliche sich an Entscheidungsprozessen – wie etwa Volksbegehren – aktiv beteiligen können. Dies zu erreichen, wird auch weiterhin erklärt ein politisches Ziel der LINKEN sein.

In vielen Diskussionen, an denen ich teilnehme, höre ich, dass Kinder und Jugendliche an die Hand genommen werden müssen und ihnen demokratische Prozesse quasi wie im Schullunterricht beigebracht werden sollen. DIE LINKE sagt: Nur durch Handeln und durch das Gefühl, Verantwortung übernehmen zu können, vor allem aber auch übertragen zu bekommen, haben junge Menschen die Möglichkeit zu lernen sich als „aktive Staatsbürger/innen“ einzubringen.

Ein weiterer wichtiger Baustein hierfür sind politische Instrumente wie Kinder- und Jugendbeiräte, Kinder- und Jugendparlamente, Kinder- und Jugendvertretungen und ähnliches, die alle eine Anforderung gemein haben: Kinder und Jugendliche müssen ernst genommen werden mit ihren Forderungen – auch wenn diese manchmal nicht mit den Realitäten vereinbar sind. Denn nur durch das Aufzeigen von Grenzen des Machbaren (z.B. finanzielle Rahmen für Bauprojekte an Schulen) und das Deutlichmachen von Zeitspannen, in denen sich Prozesse nun mal abspielen (z.B. der Weg von der Planung des neuen Spielplatzes bis zur Eröffnung) werden Kinder und Jugendliche lernen, aktiv zu werden in der Gesellschaft.

Das alles bekäme mit der Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz einen neuen rechtlich verbindlichen Status. Das Land Brandenburg hat nun mit der Absenkung des Wahlters ein weiteres wichtiges Signal zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen gesetzt. Und ich bin sicher, es werden weitere folgen!

Hier ankreuzen
↓



Nachrichten aus der inneren Mongolei – neue Eskapaden der FDP

von Sabine Stüber



Eine ausgesprochen rührige Fraktion ist der Norbert Röttgen abgesprochen und wurde in dem kleinen Koalitionspartner der CDU/CSU. Irgendwie geht es bei der FDP immer um Personen, meist innerparteilich, aber manchmal sind auch die Fachpolitiken dran, wenn sich damit irgend ein Klientel bedienen lässt. Diesmal wurde der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) attackiert.

Der SRU ist ein wissenschaftliches und vor allem bisher unabhängiges Beratungsgremium der Bundesregierung. Er besteht aus sieben hochrangigen Mitgliedern verschiedener Wissenschaftszweige und soll die Umweltsituation und Umweltpolitik in der Bundesrepublik bewerten, auf mögliche umweltpolitische Fehlentwicklungen aufmerksam machen und Wege aufzeigen, wie diese vermieden werden können.

Da hat der SRU immer gut zu tun. Vor der Laufzeitverlängerung für die Atomenergie mit einem Gutachten „Wege zu 100% erneuerbarer Stromversorgung“.

Im nächsten Gutachten „Vollständige Stromversorgung durch erneuerbare Energien bis 2050“ wurden Wege zum erfolgreichen Energieumbau aufgezeigt. Zum Herbst stellte der SRU ein Sondergutachten zu Vorsorgestrategien für Nanomaterialien vor. Aus den be troffenen Wirtschaftszweigen fühlten sich einige, wenn nicht ertappt, so doch zumindest auf den Schlipps getreten.

Und nun vor wenigen Tagen ein Knallbonbon aus der FDP: Der SRU soll einen Direktor bekommen! Ein Scheiß, wer Böses denkt. Der Sachverständigenrat hatte keinen Bedarf angemeldet, wusste nichts, war irritiert und nach einem Frontal21-Bericht im ZDF zurecht brüskiert. Dort wurde aus einem internen Papier berichtet, dass

der SRU mit der geplanten Direktorenstellle in den politischen Einfluss der Regierungskoalition und somit auch der Wirtschaft gebracht, also gefügt gemacht werden soll. Der Deal sei zwischen dem umweltpolitischen Sprecher der FDP-Bundestagsfaktion, Michael Kauch und Umweltminister

gewollt, noch benötigt wird. Aus seiner Sicht sollten für das Geld zusätzliche wissenschaftliche Mitarbeiter zur Unterstützung der Arbeit eingestellt werden, das wäre sinnvoll. Ansonsten fürchtet er um die Unabhängigkeit des Sachverständigenrates und teilt seine Bedenken dem Umweltausschuss mit. Auf unsere Nachfrage als Abgeordnete im Umweltausschuss lehnt sich der sonst sonst wortgewandte Herr Michael Kauch nur süffisant lächelnd zurück. Bundesminister Norbert Röttgen lässt indes ausrichten, dass weder er, noch sein Haus diese Personalie beantragt habe, er habe davon im Vorfeld nicht einmal gewusst. Nun ja, das hören wir doch recht häufig vom Bundesumweltminister. Entweder war er nicht dabei oder er hat nichts gewusst.

In der gleichen Ausschusssitzung wurde das Sondergutachten zu den Vorsorgestrategien für Nanomaterialien von zwei Mitglieder des SRU vorgestellt, die uns auch für Fragen zur Verfügung standen. Die Äußerungen der FDP zum Gutachten entsprachen fachlich in etwa der Auffassung des Lobbyverbandes der Chemischen Industrie (VCI), und politisch wurde dem SRU fachliche Kompetenz und Unabhängigkeit abgesprochen. Die Abgeordneten der Koalition reagierten teilweise betreten, die der gesamten Opposition empört. Wir konnten uns bei den Sachverständigen einfach nur entschuldigen. Die meisten Abgeordneten wissen deren hervorragende fachliche Arbeit zu schätzen und möchten sie nicht missen.

Die Regierungskoalition hat am vergangenen Donnerstag per Bundestagsbeschluss die Unabhängigkeit des SRU beurdigt. Wo waren die Fähnchen der sieben Aufrechten? Es gab nur ein Fähnchen bei der CDU/CSU und das hat natürlich nicht gereicht.

Gift auf dem Gabentisch

von Kirsten Tackmann

Strahlende Kinderäugen unterm Weihnachtsbaum. Kerzen, Bratenduft und Geschenke. So wünschen wir uns das Ende der kommenden Woche. Doch aus den strahlenden Kinderäugen können bald Tränen fließen. Nämlich dann, wenn das gerade geschenkte Spielzeug wieder weggenommen werden muss. Weil es giftig oder krebsfördernd ist. Hohe Schadstoffbelastungen im Kinderspielzeug sind leider immer wieder ein Thema im Bundestag, nicht nur kurz vorm frohen Fest.

Im Fokus der Kritik stehen oft Importe aus der Volksrepublik China. Die Linksfraktion hat das Thema am Mittwoch im Verbraucherausschuss zur Sprache gebracht. Meine Kollegin Karin Binder wollte wissen, welche Erfolge die deutsch-chinesische Arbeitsgruppe zur Produktsicherheit vorzuweisen hat. Diese sollte eigentlich seit Herbst 2010 arbeiten. Dem Druck von Untersuchungen der Stiftung Warentest konnten sich selbst die Koalitionsfraktionen nicht verschließen. Die Arbeitsgruppe soll das Problem lösen. Da die Koalition nicht für konsequente vorsorgenden Verbraucherschutz bekannt ist, bleibt die Linksfraktion kritisch.

Im Sommer 2011 unterzeichnete Wirtschaftsminister Rösler eine Erklärung mit China zur Einrichtung der Arbeitsgruppe. Arbeitspläne oder ein Zeithorizont sind nicht bekannt, welche ExpertInnen aus der Bundesrepublik beteiligt werden sollen ebenfalls nicht.

Derweil berichten Verbraucherschützerinnen und Behörden immer wieder von Kinderspielzeugen aus China (aber nicht nur von dort), bei denen Schadstoff-

grenzwerte teilweise überschritten wurden. Bei einem Kunststoffspielzeug, das über eine süddeutsche Sparkasse als Werbegeschenk vertrieben wurde, war der PAK-Grenzwert 89fach überschritten! Die krebsfördernden polyzyklischen aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK) werden immer wieder in Spielzeugen nachgewiesen. Mit Zusatzstoffen, die bei der Verarbeitung von Gummi und elastischen Kunststoffen eingesetzt werden, gelangen PAK in Kinderspielzeuge. Ihre gesundheitsgefährdende Wirkung ist lange bekannt. Die Industrie setzt sie immer noch ein, obwohl alternative Verfahren möglich sind. Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) hält die Regelungen der 2010 überarbeiteten EU-Spielzeugrichtlinie für ungeeignet. Kinder könnten so nicht vor gesundheitlichen Schäden bewahrt werden. Die Brüsseler Grenzwerte seien viel zu hoch. Es muss also dringend gehandelt werden.

Immer wieder werden neue Funde von belastetem Spielzeug weisen darauf hin, dass die staatlichen Kontrollen nur mangelhaft funktionieren. Doch besser als Kontrolle ist Vorsorge. Daher wäre eine intensiv arbeitende deutsch-chinesische Arbeitsgruppe so wichtig. Nur Ankündigungen der Regierung reichen nicht. Diese Kritik wurde in der Ausschusssitzung deutlich. DIE LINKE fordert schon lange ein generelles Verbot von krebsfördernden, erbgutverändernden oder fortpflanzungsgefährdenden Stoffen im Kinderspielzeug. Die Anforderungen an die Eigenkontrollen der Spielzeughersteller, Händler und Verkäufer müssen erhöht und Zollkontrollen verstärkt werden.

Den Antrag der Linksfraktion finden sie: [Hier](#)



Pressemittellungen

Chance für guten Kinderschutz vertan



13.12.2011 - DIANA GOLZE

gesellschaftlichen Realitäten an- gemesenen Kinderschutz zu ge- langen, wurde vertan", erklärt die kinder- und jugendpolitische Spre- cherin der Fraktion DIE LINKE, Di- ana Golze, zur heute erzielten Ein- gung von Bund und Ländern beim Kinderschutz. Golze weiter:

„Es ist unbegreiflich, wie die SPD die richtige Forderung nach einer dauerhaften und ausreichenden Finanzierung der Familienhe- bammen wie auf einem Flohmarkt verscherbelt hat. Nur jede zehnte Familie wird Unterstützung von Fa- milienhebammen erfahren können, der und Jugendliche gut funktionie- rende Netzwerke verschiedenster Bereiche. Ein solches flächende- ckendes Angebot kann durch Familieneinheitlichkeiten nicht. Der Einsatz der Hebammen bleibt damit auf Familien beschränkt, bei denen bereits der Verdacht der tertiert werden.“

Der Bund-Länder-Kompromiss zum Kinderschutz ist mehr als enttäuschend. Nach ihrer völlig berechtigten grundsätzlichen Kritik haben sich die SPD-Länder die Zustimmung zu dem von Bundes- familienministerin Kristina Schröder vorgelegten Gesetz nun zum Schnäppchenpreis abkaufen las- sen. Die Chance, zu einem den

Vernachlässigung bestehen. Und für dieses stigmatisierende Angebot hat die SPD so zentrale Punkte wie die finanzielle Unterstützung zusätzlichen Aufgaben im Kindes- schutz, einen Rechtsanspruch auf unabhängige Beratung für Kinder und Jugendliche sowie eine umfangreiche Gesundheitsprävention geopfert.

DIE LINKE bleibt dabei: Umfassen- der Schutz muss für alle Kinder gegeben sein. Unabhängig von so- zialer Lage und Alter brauchen Kin- dergarten und Jugendliche gut funktio- nierende Netzwerke verschiedenster Bereiche. Ein solches flächende- ckendes Angebot kann durch Familieneinheitlichkeiten nicht. Der Einsatz der Hebammen bleibt damit auf Familien beschränkt, bei denen bereits der Verdacht der tertiert werden.“

Schröder ignoriert Defizite bei Kinderbetreuung

12.12.2011 - DIANA GOLZE

„Die neuen Zahlen des Statisti- schen Bundesamtes über den Aus- bau der Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren belegen das Scheitern des Ausbaus in den westdeutschen Bundesländern auf traurig eindrucksvolle Weise. Mi- nisterin Schröder nutzt in ihrer Ig- noranz der Tatsachen auch diese Erkenntnisse nicht, um endlich zu handeln“, kommentiert Diana Gol- ze, kinder- und jugendpolitische

Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, den heute veröffentlichten Bericht des Statistischen Bundesamts. Golze weiter:

„Die neuen Zahlen des Statisti- schen Bundesamtes über den Aus- bau der Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren belegen das Scheitern des Ausbaus in den rhein-Westfalen steht derzeit nicht einmal für jedes sechste Kind unter drei Jahren ein Platz zur Verfügung. Die Plätze müssten dort binnen 18 Monaten mehr als verdoppelt werden, das sind über 70.000, um die von der Bundesregierung ange- strebte Betreuungsquote von 35 Prozent zu erreichen. Zudem brauchen wir ein Gesamtkonzept für ein gleichwer- tiges frühkindliches Bildungs- und Betreuungsangebot in allen Teilen der Bundesrepublik. Sonst stehen nicht stimmen und dauerhaft der Bundesrepublik. Sonst stehen nicht wahrhaben. Stattdessen Rechtsanspruch auf Kinderbetreu- ung bundesweit gilt, vor massiven Problemen. Der Bund hat diesen Rechtsanspruch geschaffen, nun muss er entsprechend handeln – und zwar schnell.“



Foto: Konstantin Brückner (c)

Das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel hat die schulische Integration von Kindern in Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften weiter gestärkt. Nach einem jüngs

06.12.2011 - DIANA GOLZE

Das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel hat die schulische Integration von Kindern in Hartz IV-Bedarfsgemeinschaften weiter gestärkt. Nach einem jüngst verkündeten Urteil müssen die Jobcenter auch für einen einmonatigen Schüleraustausch mit Kosten über 1000 Euro bezahlen, wenn das Schulrecht des jeweiligen Landes solche Fahrten zulässt (Az: B4 AS 204/10

Im konkreten Fall hatte ein Gymnasium einen Zwölfklässler wegen besonders guter Leistungen und wegen seines sozialen Engagements bei einem Nachhilfeprojekt für einen einmonatigen Schüleraustausch mit einer Highschool in Arizona, USA, ausgewählt. Doch

das Jobcenter im badischen Ortenaukreis wollte die Kosten von 1650 Euro nicht übernehmen.

Diana Golze, Leiterin des Arbeitskreises für Arbeit, Gesundheit und Soziales der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, begrüßt das Urteil des Bundessozialgerichts. „Das Urteil stärkt die Recht der Schüler und den Anspruch der gleichen Bildung für alle.“

OECD-Bericht belegt soziale Ungerechtigkeit

05.12.2011 - DIANA GOLZE

„Die soziale Kluft in Deutschland wird immer extremer, und diese Entwicklung wird von der Bun-

des Steuer- und Sozialsystems zur Sonderung nicht nur toleriert, sondern sogar aktiv gefördert“, so die Leiterin des Arbeitskreises Arbeit, Gesundheit und Soziales‘ der Fraktion DIE LINKE, Diana Golze, mit Blick auf die Veröffentlichung des aktuellen OECD-Einkommensberichts. „In kaum einem anderen

Dienste heruntergefahren. Die Folge: Die Einkommenszuwächse konzentrieren sich auf wenige Reiche.

Diese Kritik der LINKEN wird nun mehr auch durch die OECD bestätigt. Diese Ungleichheit ist indes kein Tropverdienst: Das Einkommen der Topverdiener ist massiv gestiegen und damit auch deren Kapazität,

Dieses Ungleichheit ist indes kein Tropverdienst: Das Einkommen der Topverdiener ist massiv gestiegen und damit auch deren Kapazität, die OECD feststellt: Der soziale Zusammenhalt zerbricht.“ Diana Golze weiter:

für einen Ausbau des Bildungswesens und weiterer öffentlicher sozialer Dienste sowie den Umbau des Steuer- und Sozialsystems zur Unverteilung von oben nach unten eingesetzt, gegenzusteuern.

Durch die Empfehlungen der OECD sieht sich DIE LINKE in ihrem Kurs mehr als bestätigt. Der Bericht be-

gründet auch die zentrale Forderung der LINKEN nach einer Milliardensteuer: Das Einkommen der

Sonderermittlers‘ im Parlamentarischen Kontrollgremium ausgesprochen.

Auch die FDP entzieht sich bislang der Pflicht, ihren Koalitionspar-

Aufklärung gehört ins Parlament

05.12.2011 - WOLFGANG NEŠKOVIĆ

„Die zügige Aufklärung des Versagens der Sicherheitsbehörden bei den Ermittlungen der rechtsextremistischen Morde ist vordringliche Aufgabe des Parlaments. Die Aufklärung der Morde gehört in einen öffentlich tagenden parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der unverzüglich eingerichtet werden muss.“

Sie darf keinesfalls über den Weg der geplanten Bund-Länder-Kommission den Sicherheitsbehörden und den drei Parteien überlassen bleiben, die während der jahrelangen Falschdeutung der Mordserie die politische Verantwortung getragen haben“, erklärt Wolfgang Neskovic, Mitglied des Parlamentarischen Kontrollgremiums und Bundesrichter a.D., anlässlich der Versuche von Union und SPD, mit der Bund-Länder-Kommission ein eigenes Untersuchungsgremium zu schaffen. Neskovic weiter:

„Union und SPD sind eine große Koalition des Verzögerns eingegangen. Seit Wochen rufen diese Parteien nach Aufklärung, ohne in den zuständigen parlamentarischen Gremien aktiv hierfür einzutreten. Bislang haben sie sich weder für die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses noch für die Bestellung eines Sonderermittlers im Parlamentarischen Kontrollgremium ausgesprochen.“

Auch die FDP entzieht sich bislang der Pflicht, ihren Koalitionspar-



Pressemittellungen

LINKE fordert mehr Bodenschutz

14.12.2011 - KIRSTEN TACKMANN

„Böden sind die wichtigste Produktionsgrundlage für Landwirten und Landwirte. Der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit ist dabei eine Schlüsselfrage.“

Daher ist es für mich unverständlich, dass die Bundesregierung sie nicht als Schutzgut im Gesetzentwurf aufführen will.“ Kommentiert Dr. Kirsten Tackmann die heutige Abstimmung im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Zum Gesetzentwurf 17/7744, mit welchem unter Anderem das Düngegesetz geändert werden sollte, hatte die Linken einen Änderungsantrag eingereicht. Dieser wurde durch die Koalitionsfraktionen abgelehnt. Grüne stimmten zu, die SPD enthielt sich bei diesem Antrag.

Tackmann weiter:

„Mit dem Gesetzentwurf wird das Düngegesetz an EU-Recht angepasst. Düngemittel, welche in einer EU-Staat oder der Türkei zugelassen sind, dürfen mittel weniger Vorgaben geben als dann auch auf deutschen Äckern für einheimische? Das ist nicht akzeptabel!“

Anderem das Düngegesetz geändert werden sollte, hatte die Linken einen Änderungsantrag eingereicht. Dieser wurde durch die Koalitionsfraktionen abgelehnt. Grüne stimmten zu, die SPD enthielt sich bei diesem Antrag.

Gentechnik macht nicht satt

07.12.2011 - KIRSTEN TACKMANN

„Gentechnik ist keine Wunderwaffe gegen den Welthunger, wie immer wieder behauptet wird. Ganz im Gegenteil. Gentechnik-Pflanzen werden oft für den Export angebaut und verdrängen damit einheimische Nahrungsmittelproduktion vom Acker“, so Kirsten Tackmann, agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der heute vorgestellten Studie des Naturschutzbunds Deutschland (NABU) über das Scheitern der Gentechnik in der Landwirtschaft.

Tackmann weiter:

„Gentechnik steigert nicht die Erträge, sondern die Gewinne der Agrokonzerne. Das Ernährungsproblem wird nicht gelöst, sondern neue Umweltprobleme geschaffen. Der Saatgutmarkt wird immer mehr von einigen wenigen Konzernen beherrscht. Bauern werden abhängig vom Agrobusiness. Die Fraktion

Neue Tierkrankheiten: Bundesregierung muss Notfonds einrichten

02.12.2011 - KIRSTEN TACKMANN

Fruchtbareit des Bodens beitragen lehnen dies mit Verweis auf ein drohendes EU-Vertragsverletzungsvorfahren ab. Doch genau das ist juristisch umstritten. Warum darf nicht auf dem Rücken der tierhaltenden Betriebe ausgetragene werden. Für solche Fälle muss die Bundesregierung einen Notfonds einrichten,“ fordert die agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Dr. Kirsten Tackmann.

Die Linken fordern eine entsprechende Ergänzung gefordert. Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen lehnen dies mit Verweis auf ein drohendes EU-Vertragsverletzungsvorfahren ab. Doch genau das ist juristisch umstritten. Warum darf nicht auf dem Rücken der tierhaltenden Betriebe ausgetragene werden. Für solche Fälle muss die Bundesregierung einen Notfonds einrichten,“ fordert die agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Dr. Kirsten Tackmann.

Den Änderungsantrag der Linken müssen diese nach dem neuen Gesetz aber nicht ausdrücklich zur fraktion finden Sie: [HIER](#)

DIE LINKE setzt sich für eine gentechnikfreie Landwirtschaft ein und fordert aus sozialen und ökologischen Gründen ein europaweites Anbau- und Handelsverbot von Gentech-Pflanzen.“

DIE LINKE setzt sich für eine gentechnikfreie Landwirtschaft ein und fordert aus sozialen und ökologischen Gründen ein europaweites Anbau- und Handelsverbot von Gentech-Pflanzen.“



„Immer wieder sind Agrarbetriebe von existenzgefährdenden Tierkrankheiten betroffen, deren Ursachen zunächst und manchmal auch längere Zeit unbekannt sind.“

Ist der Fall nicht aufgeklärt, gibt es auch keine Entschädigung. Erinnert sei an das „Blutschwitzen“ von Käfern oder aktuelle Berichte über den sogenannten „chronischen Botulismus“. Der wissenschaftliche Streit über die tatsächlichen Ursachen darf nicht auf dem Rücken der tierhaltenden Betriebe ausgetragen werden. Für solche Fälle muss die Bundesregierung einen Notfonds einrichten,“ fordert die agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Dr. Kirsten Tackmann.

Die Linksfraktion hatte für den Bundeshaushalt 2012 eine Millionen Euro zur Unterstützung betroffener Betriebe gefordert. Dies wurde abgelehnt. In der Fragestunde am Mittwoch stellte die Bundesregierung noch einmal klar, dass sie ein solches Vorhaben nicht unterstützen, dann darf das nicht zu Lasten der betroffenen Agrarbetriebe gehen. Ich erneure daher die Forderung der LINKEN nach einem Notfonds für nutztierhaltende Betriebe mit existenzbedrohenden Krankheitsgeschehen unklarer Ursache.“



Foto: uschi dreieckiger-pixelfoto.de

Die Linksfraktion hatte für den Bundeshaushalt 2012 eine Millionen Euro zur Unterstützung betroffener Betriebe gefordert. Dies wurde abgelehnt. In der Fragestunde am Mittwoch stellte die Bundesregierung noch einmal klar, dass sie ein solches Vorhaben nicht unterstützen, dann darf das nicht zu Lasten der betroffenen Agrarbetriebe gehen. Ich erneure daher die Forderung der LINKEN nach einem Notfonds für nutztierhaltende Betriebe mit existenzbedrohenden Krankheitsgeschehen unklarer Ursache.“

Die Forderung der LINKEN nach einem Notfonds für nutztierhaltende Betriebe mit existenzbedrohenden Krankheitsgeschehen unklarer Ursache.“

Die Antwort der Bundesregierung in der Fragestunde vom 30.11.2011 [HIER](#)

Foto: Ernst-Rose-pixelfoto.de

Die Linksfraktion hatte für den Bundeshaushalt 2012 eine Millionen Euro zur Unterstützung betroffener Betriebe gefordert. Dies wurde abgelehnt. In der Fragestunde am Mittwoch stellte die Bundesregierung noch einmal klar, dass sie ein solches Vorhaben nicht unterstützen, dann darf das nicht zu Lasten der betroffenen Agrarbetriebe gehen. Ich erneure daher die Forderung der LINKEN nach einem Notfonds für nutztierhaltende Betriebe mit existenzbedrohenden Krankheitsgeschehen unklarer Ursache.“

Die Forderung der LINKEN nach einem Notfonds für nutztierhaltende Betriebe mit existenzbedrohenden Krankheitsgeschehen unklarer Ursache.“

Die Antwort der Bundesregierung in der Fragestunde vom 30.11.2011 [HIER](#)

Foto: uschi dreieckiger-pixelfoto.de

Anträge, Anfragen & Initiativen

14.12.2011 ▼

[ANTRAG - DRUCKSACHE NR. 17/8148](#)

Tarifsystem stabilisieren

Der Niedriglohnsektor weitet sich aus und die Tarifbindung geht zurück. Es ist daher notwendig, als untere Hateline für das Entlohnungsgefüge einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen und darüber hinaus das Tarifvertragssystem auf gesetzlichem Wege zu stabilisieren, indem die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen erleichtert wird. Hierzu soll das Arbeitnehmerentscheidgesetz auf alle Branchen ausgeweitet und das Verfahren verbindlicher gestaltet werden.

[ANTRAG - DRUCKSACHE NR. 17/8141](#)

Verbraucherrecht auf ein kostenloses „Girokonto für alle“ gesetzlich verankern

DIE LINKE fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf für ein kostenloses „Girokonto für alle“ auf Guthabenbasis vorzulegen. Die freiwillige Selbstverpflichtung funktioniert seit 15 Jahren nicht. 17 Prozent aller Überschuldeten sind auch im Jahr 2011 ungewollt ohne Girokonto geblieben. Zugleich versuchen Kreditinstitute, finanzienschwache Kunden zum Beispiel durch überhöhte Preise für die Kontoführung loszuwerden.

[ANTRAG - DRUCKSACHE NR. 17/8138](#)

Demokratie stärken - parlamentarische Rechte in EU-Angelegenheiten ausbauen

Auch nach dem Vertrag von Lissabon kommt den Parlamenten der Mitgliedstaaten eine entscheidende Rolle für die demokratische Legitimation des europäischen Integrationsprozesses zu. Die Einschränkung der parlamentarischen Mitwirkung in EU-Angelegenheiten von Seiten der Bundesregierung verdeutlicht die Notwendigkeit die parlamentarischen Mitwirkungsrechte durch eine Änderung der Begleitgesetze zu stärken.

07.12.2011 ▼

[ANTRAG - DRUCKSACHE NR. 17/8026](#)

Mehrheitswillen respektieren - gesetzlicher Mindestlohn jetzt!

Der Mindestlohn-Vorschlag der CDU ist eine Mogelpackung. Statt vieler verschiedener, zum Teil sehr niedriger, Branche-mindestlöhne ist endlich ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn notwendig, der für alle Beschäftigten in Deutschland gilt. Er muss so hoch sein, dass alleinstehende Vollzeitbeschäftigte davon leben können. Daher fordert DIE LINKE einen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro pro Stunde. Das ermöglicht zudem nach 45 Beitragsjahren eine Rente oberhalb des Grundversicherungsniveaus.

07.12.2011 ▼

[ANTRAG - DRUCKSACHE NR. 17/7940](#)

Bahnpreiserhöhung stoppen

Im Winter 2011/12 dürfte die mangelnde Qualität des Schienenverkehrs erneut in die Debatte kommen. Wir stellen diese in den Zusammenhang mit der unsozialen Politik der Bahn und den neuen, drastischen Fahrpreiserhöhungen. Die Bundesregierung kritisieren wir, weil sie Aufkäufe der DB AG im Ausland (2010: Arriva) billigt und ungerechtfertigte Bahnpreiserhöhungen durchwinkt.

[ANTRAG - DRUCKSACHE NR. 17/7939](#)

Nur konsequenter Klimaschutz führt aus der Sackgasse der UN-Klimaverhandlungen

Die Bundesregierung und die EU haben wesentlich mit dazu beigetragen, dass sich die UN-Klimaverhandlungen in einer Sackgasse befinden. Aus dieser wird auch der Klimagipfel in Durban (28.11.-09.12.2011) nicht herausfinden. Der wichtigste Beitrag Deutschlands für eine Kehrtwende beim globalen Klimaschutz wären verbindliche Zusagen von Klimageldern für Entwicklungsländer und entsprechenes klimapolitisches Handeln zu Hause statt der wenig ambitionierten Energiewende der Bundesregierung.

14.12.2011 ▼

[GESETZENTWURF - DRUCKSACHE NR. 17/8129](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes

Fluglärm ist eine erhebliche Belastung für die Gesundheit vieler Menschen im Umfeld von Flughäfen. Falsche Standortentscheidungen und ausbleibende oder zur kurze Nachtflugverbote führen zu einer erheblichen, aber vermeidbaren Belastung vieler Menschen. Bei der Festlegung der Flugrouten wird der Schutz vor Fluglärm nur nachrangig beachtet. Mit diesem Gesetzentwurf müssen Flugrouten den Schutz vor nächtlichem Fluglärm besonders beachten. Weitere Parlamentarische Initiativen werden folgen.

07.12.2011 ▼

[ANTRAG - DRUCKSACHE NR. 17/8026](#)

Anträge, Anfragen & Initiativen

14.12.2011 ▶

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8118

Öffentlichkeitsbeteiligung bei Infrastrukturmaßnahmen und beim Bau von Industrieanlagen

Über zwei Jahrzehnte hinweg sind die demokratischen Beteiligungsrechte an Planungsverfahren für Verkehrsprojekte und industrielle Anlagen schrittweise abgebaut worden. Doch mit dem Streit um Stuttgart 21 erlebt das Thema Bürgerbeteiligung allgemeine Aufmerksamkeit. Unter dem Druck der Protestbewegung gegen Stuttgart 21 hat sich selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel für mehr Bürgerbeteiligung ausgesprochen. Verbessert hat sich seitdem aber noch nichts. DIE LINKE fragt nach Maßnahmen zur Umsetzung.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8107

Menschenrechtliche und soziale Situation der Roma in der Slowakischen Republik

Die Kleine Anfrage versucht die Diskriminierung von Roma in der Slowakischen Republik herauszuheben und in den Bereichen Armut, Bildung, Rassismus und Chancen auf den Arbeitsmarkt zu konkretisieren.

12.12.2011 ▶

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8104

Gestaffelte Lohnuntergrenzen für junge Beschäftigte

Nach dem CDU-Parteitagsbeschluss bzgl. differenzierter Lohnuntergrenzen haben sowohl die Arbeitgeberverbände als auch die Bundesarbeitsministerin einen Vorstoß für altersspezifisch gestaffelte Lohnuntergrenzen unternommen. Die vorgebrachte Behauptung, niedrigere Mindestlöhne für Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger würden einer hohen Jugendarbeitslosigkeit vorbeugen, entbehrt jedoch einer empirischen Grundlage. Die Kleine Anfrage soll die Bundesregierung hinsichtlich der Arbeitsmarkteffekte und sozialpolitischen Folgen befragen.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8086

Begünstigung illegalen Organhandels und sogenannter organisierter Kriminalität durch Krieg in Kosovo unter Aufsicht der NATO

Krieg und die Auflösung gesellschaftlicher Strukturen durch militärische Gewaltanwendung sind Voraussetzungen für die Entstehung krimineller Strukturen. Die Kleine Anfrage will den Zusammenhang zwischen Organhandel und den militärischen Interventionen der NATO in der BR Jugoslawien abfragen. Wichtiger Schwerpunkt liegt dabei auf der Rolle Deustchlands im Rahmen der GASP/GSVP und KFOR angesichts des aktuellen Medicus-Verfahrens der EULEX.

12.12.2011 ▶

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8085

Ermordung und Einschüchterungen von Zeugen unter der Aufsicht von UNMIK, EULEX und der NATO

Am 27.09.2011 wurde in Duisburg ein wichtiger Zeuge im Kriegsverbrecherprozess gegen Fatmir Lulajmaj tot aufgefunden. Die Kleine Anfrage versucht die Umstände des Todes und die Effektivität des Zeugenschutzprogramms der EULEX im Zusammenhang mit der Hinweisen auf Einschüchterung und Bedrohung von Zeugen in Kriegsverbrecherprozessen aufzuklären. Dabei soll die Verantwortung Deutschlands im Rahmen ihrer Balkan-Politik hinterfragt werden.

09.12.2011 ▶

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8083

Rechtswidrige Ein-Euro-Jobs

Das Bundessozialgericht hat entschieden, dass bei rechtswidrigen Ein-Euro-Jobs die JobCenter den betroffenen Personen einen Wertersatz für die geleistete Arbeit gewähren müssen. Nach Angaben u.a. des Bundesrechnungshofs erfüllen Ein-Euro-Jobs massenhaft nicht die gesetzlichen Auflagen – insbesondere sind sie häufig nicht zusätzlich. Die Kleine Anfrage thematisiert alle Aspekte rund um das Urteil und zielt auf eine breite Aufklärung, damit die betroffenen Personen ihre Ansprüche realisieren.

08.12.2011 ▶

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8074

Umstellungsförderung in der Landwirtschaft in den Bundesländern in den Förderperioden 2007 bis 2013 und 2014 bis 2020

Die Umstellungsförderung bietet Anreize für die Umstellung von konventionellem auf ökologischen Landbau. Die von Bundesland zu Bundesland offensichtlich völlig verschiedenen Handhabungen der Förderung sollen mit dieser Kleine Anfrage ermittelt werden, um damit bundes- wie landespolitisch ein Arbeitsinstrument zur Verfügung zu haben und um einen „Wettbewerb nach unten“ frühzeitig erkennen und ggf. verhindern zu können.

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8062

Zukünftige Nutzung Bombenabwurfpunkt auf dem Truppenübungsplatz Baumholder/Kreis Birkenfeld

Nach der Verabschiedung des neuen Standortkonzeptes der Bundeswehr, kann die Öffentlichkeit erwarten, dass die Bundesregierung Auskunft über die weitere Nutzung des Truppenübungsplatzes Baumholder gibt. Die bisherigen Äußerungen der Bundeswehr lassen vermuten, dass hier ein neues „Bombodrom“ entstehen könnte. DIE LINKE fragt nach.

Anträge, Anfragen & Initiativen

08.12.2011 ▶

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8048](#)

Schusswaffentraining für Nazis bei Reservisten- und Schützenvereinen und möglicher Änderungsbedarf beim Waffengesetz

Über den Reservistenverband der Bundeswehr und Schützenvereine konnten militante Neonazis Schusswaffentraining durchführen und an Waffen gelangen. Die Mitgliedschaft im Reservistenverband dient den Ordnungsbehörden als Zuverlässigkeitsschweis für Waffenbesitzerlaubnisse. Die Linksfaktion kritisiert die Möglichkeit der Teilnahme von Rechtsextremisten an Schießübungen der Reservistenverbände und hakt bei der Bundesregierung nach.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8048](#)

Verschärfte Abschiebungen von Roma in den Kosovo

Trotz aller Proteste von Menschenrechtsgruppen und internationalen Organisationen wie UNICEF, setzt die Bundesrepublik Abschiebungen von Roma in den Kosovo fort. Gerade für in Deutschland geborene Kinder und Jugendliche ist die Abschiebung in den Kosovo vollkommen schockierend. Sie kommen in eine fremde Umgebung, in der sie mit einer bis dahin unbekannten Schärfe diskriminiert werden. Die Eltern sind massiv von Arbeitslosigkeit betroffen, Gewalt ist im Nordkosovo wieder auf der Tagesordnung. Diese Abschiebepolitik wird von der Linksfaktion kritisiert.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8048](#)

Absprungplätze für Übungen der US-Armee auf dem gesamten Bundesgebiet

Die LINKE fragt die Bundesregierung nach der Zuständigkeit bezüglich der Genehmigung für die Absprungübungen der US-amerikanischen Fallschirmspringer zwischen Oberndorf und Wendelsheim in Baden-Württemberg.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8048](#)

Struktur und Risiken der Kapitalanlage deutscher Lebensversicherer, Pensionskassen und Pensionsfonds

Bei signifikanter Zuspitzung der Finanzkrise (spätestens beim Ende des Euroraums) werden die Akteure im System der kapitalgedeckten Alterssicherung ihre Kapitalanlagen massiv abschreiben müssen. Die entsprechenden Verluste bei den Altersvermögens sind nur logisch. Abgefragt werden Informationen zur aktuellen Struktur der Kapitalanlage, gefragt wird die Bundesregierung auch nach Risiko einschätzung und der möglichen politischen Vorsorge zum Schutz der Altersvermögen.

08.12.2011 ▶

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8030](#)

Einsatz externer Dienstleister im Visumverfahren

Eine Zusammendarbeit mit externen Dienstleistungserbringern im Visumverfahren ist nach Art. 43 des EU-Visakodex vorgesehen. Privaten Unternehmen können damit Aufgaben übertragen werden, wie z.B. die Informationsübermittlung an Antragstellerinnen und Antragsteller über das Visumverfahren und einzureichende Unterlagen. An dem „outsourcing“ von Teilebereichen des Visumverfahrens, gibt es grundsätzliche Kritik, deshalb befragt die Linksfaktion die Bundesregierung zu diesem Thema.

[06.12.2011 ▶](#)

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/7949](#)

Erfahrungen mit der Arbeitnehmerfreiheit und den Veränderungen bei der Dienstleistungsfreiheit seit dem 1. Mai 2011

Die Linksfaktion fragt die Bundesregierung welche Erfahrungen in der Umsetzung der Arbeitnehmerfreiheit seit dem 01.05.2011 gesammelt wurden. Dabei muss sichergestellt werden, dass ausländische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht benachteiligt werden und die gleichen Rechte und Chancen haben wie inländische Beschäftigte.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/7947](#)

Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in bilateralen Freihandelsabkommen

Die EU-Kommission hat weitere Vorstöße in Richtung der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen unternommen. Diesmal soll im Rahmen bilateraler Freihandelsabkommen der Zwang auf die Mitgliedstaaten zur Liberalisierung und Privatisierung erhöht werden. Die Linksfaktion fragt die Bundesregierung, wie sie sich zum Vorgehen der EU-KOM verhält, was sie dagegen unternehmen will, um den Druck auf die Regierung und die parlamentarische Wahrnehmung des Vorganges zu erhöhen.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/7945](#)

Doppelte GEZ-Gebühren für Kleingärtnerinnen und Kleingärtner

Der 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag sieht ab dem 01.01.2013 die Erhebung von GEZ-Gebühren nicht mehr pro Gerät, sondern pro Haushalt vor. Für viele KleingärtnerInnen bringt der 15. RÄndStV Verschlechterungen mit sich, da § 3 Abs. 1 Satz 3 Gartenlauben ab einer Größe von 24 qm als Haushalt kategorisiert und daher doppelte Gebühren verlangt. Aufgrund von DDR-Regelungen, die den Bau von Lauben bis 40 qm als zulässig ansahen, sind vor allem viele der 500.000 ostdeutschen Kleingärtner betroffen.

Anträge, Anfragen & Initiativen

06.12.2011 ▶

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/7944

Anhebung der Trassen- und Stationspreise durch die Deutsche Bahn AG

Ein wesentlicher Kostenfaktor im Schienenverkehr sind die sog. Trassen- und Stationspreise. Während LKW nur auf Autobahnen eine Maut zahlen müssen, muss jeder Zug für jeden gefahrenen Kilometer Gebühren an die Bahntochter DB Netz zahlen. Diese Gebühren sind in den letzten Jahren stark gestiegen. Dies verhindert auch eine Ausweitung der Angebote im S-Bahnverkehr und bei Regionalzügen. Trotz der höheren Zahlungen verfällt das Netz immer weiter, weil die Mittel nicht zweckgebunden sind.

01.12.2011 ▶

KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/7921

Korrektur des Bundesverwaltungsgerichts zu Sprachanforderungen beim Ehegattennachzug

DIE LINKE hat in der Vergangenheit in zahlreichen Anfragen die Bundesregierung darauf hingewiesen, dass die Einschätzung des BVerwG, gegen die deutsche Regelung der Sprachanforderungen beim Ehegattennachzug sprächen keinerlei europarechtliche Bedenken, offenkundig unhaltbar war. Nunmehr hat sich das BVerwG selbst korrigiert und bringt damit die Bundesregierung in Erklärungsnot. Infolge der Kehrtwende des BVerwG kann sie sich nicht mehr kritischen Fragen entziehen, die die Linksfaktion stellt.

14.12.2011 ▶

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8153

Entschließungsantrag zum Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2011

Kritik an der Ostdeutschlandpolitik der Bundesregierung und ihrer Tolerierung der grundgesetzwidrigen Ungleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West. DIE LINKE fordert Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, die Aufhebung der Benachteiligungen im Rentenrecht und anderen bestehenden Gesetzen sowie zu erwartenden Gesetzesinitiativen und die Nutzung des ostdeutschen Erfahrungsvorsprungs.

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8151

Rente erst ab 67 – Risiken für Jung und Alt

Der vorliegende Antrag ist der letzte Versuch, die Rente erst ab 67 vor ihrem Inkrafttreten noch zu stoppen. Denn ab Januar 2012 sind die Menschen tatsächlich davon betroffen. Der EA fordert die Bundesregierung auf, die Rente erst ab 67 auszusetzen und dann per Gesetzesentwurf abzuschaffen. Der Antrag verdeutlicht auch, dass DIE LINKE weiterhin als entschlossen gegen die Rente erst ab 67 kämpft.

14.12.2011 ▶

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8136

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zu den Ergebnissen des Europäischen Rates und zu der Erklärung der Staats- ...

Die beim Europäischen Rat gefassten Beschlüsse setzen nicht an den Ursachen der Krise an, statt dessen soll die europaweite neoliberalen Kürzungspolitik weiter radikalisiert und in einem neuen Vertrag verewigt werden. DIE LINKE lehnt die Beschlüsse ab, weil diese die EU spalten, entdemokratisieren und zu einem noch massiveren Sozialabbau führen werden.

01.12.2011 ▶

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8025

Zum Neunten Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen

Die Fraktion DIE LINKE zeigt auf, dass sie die Ganzheitlichkeit der Menschenrechte verteidigt und neben den bürgerlichen Freiheitsrechten auch die WSK-Rechte in den Mittelpunkt der Berichterstattung der Bundesregierung kommen müssen. Gleichzeitig fordert DIE LINKE ein, dass die Auswirkungen der Gesetzgebung im Sozialbereich auf die Menschenrechts situation in Deutschland berücksichtigt werden muss.

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8023

zum Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Rechts der Verbraucherinformation

Der Gesetzentwurf wird einem modernen Verbraucherinformationsrecht nicht gerecht. Wichtige Forderungen der Fraktion DIE LINKE und der Verbraucherverbände werden nicht aufgegriffen. Es fehlen insbesondere die Ausweitung des VIG auf Dienstleistungen, ein direkter Auskunftsanspruch gegenüber privaten Unternehmen und die Verpflichtung der Behörden, die Bevölkerung auch ohne Anfragen proaktiv zu informieren.

ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8018

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 9. Dezember 2011 in Brüssel

DIE LINKE wehrt sich gegen die Beschniedlung parlamentarischer Rechte und fordert, dass der Bundestag auch über die Ausgestaltung des EFSF öffentlich diskutieren und als Plenum entscheiden können muss.

Anträge, Anfragen & Initiativen

01.12.2011

► ENTSCHLIESSUNGSAVTRAG - DRUCKSACHE NR. 17/8017

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 9.12.2011 in Brüssel

DIE LINKE fordert einen politischen Kurswechsel zur Überwindung der Krise in Europa, denn die neoliberalen Reformen und drastischen Sparprogramme schaden der Wirtschaft, höhlen die Demokratie aus und vertiefen die Schuldendkrise. Die Pläne von EU und Bundesregierung zur Änderung der EU-Verträge zielen darauf ab, den bisherigen Kurs vertraglich festzuschreiben und zu verschärfen. DIE LINKE fordert dagegen Vertragsänderungen, die ein soziales und demokratisches Europa ermöglichen.



Foto: Alexander Berlin/pixelio.de

Reden

15.12.2011 – SABINE STÜBER

Bürgerinnen und Bürger wollen zurecht mitreden



Die Bundesregierung erhält den Bürgerinnen und Bürgern ihr Recht auf mehr Mitsprache bei Großprojekten vor. Auch das EU-verbrieftete Recht der Klagemöglichkeit für Umweltverbände wird in Deutschland nicht ausreichend umgesetzt. Das soll sich ändern.

01.12.2011 – SABINE STÜBER

Die Elbe – einen Kompromiss mit dem Fluss finden

Schon seit dem großen Elbe-Hochwasser 2005 wird von einem Gesamtkonzept für die Elbe gesprochen. Dem sind wir einen Schritt näher als noch vor einem Jahr. Und im Ergebnis werden alle Beteiligten die Entwicklung einer naturnahen Flusslandschaft Elbe mittragen. Es geht um Anpassungsstrategien an den Klimawandel, und das bedeutet, dass wir mit dem Fluss aushandeln müssen, was geht und was nicht. Es wird Naturschutz dabei herauskommen.



15.12.2011 – KIRSTEN TACKMANN

Ins Rampenlicht gerückt

Deutschland muss sich beim Thema Glyphosat seiner Verantwortung stellen. Nicht nur für die Anwendung bei uns, sondern auch um den Anforderungen in der EU gerecht zu werden.

01.12.2011 – KIRSTEN TACKMANN

Kampf gegen die illegale und für eine nachhaltige Fischerei

Das neue EU-Verordnungsrecht zur Verhinderung, Bekämpfung und Unterbindung der illegalen, nicht gemeldeten und unregulierten Fischerei und zur Reform des EU-Fischerei-Kontrollsystems muss in deutsches Recht umgesetzt werden. Zudem ist das Seefischereigesetz an das geltende EU-Fischereirecht anzupassen. Das war die Aufgabe des Gesetzentwurfes 17/6332, den die Bundesregierung Anfang September in den Bundestag eingebracht hatte. Trotz klarem und unstrittigem Ziel war die parlamentarische Befassung alles andere als einfach...

Kontakt



Sabine Stüber



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385 155
Telefax: (03334) 385 156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau

Dieserwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 862 1862
Telefax: (03984) 862 1863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Wahlkreisbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de



Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15117 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de

Wahlkreisbüro Kyritz

Wilsnacker Straße 1
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 32-857
Telefax: (033971) 32-893
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Jüterbog

Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Cottbus

Straße der Jugend 114
03046 Cottbus
Telefon: (0355) 7842350
Telefax: (0355) 7842351
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de



Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 20009-0
Telefax: (0331) 20009-10
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de



**Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum
komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild!
Der nächste Bundestagsreport erscheint am 20.01.2012.**

*Fröhliche Weihnachten
und einen Guten Rutsch!*



Impressum

Deutscher Bundestag • Fraktion DIE LINKE • Landesgruppe Brandenburg
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; Platz der Republik 1; 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 - 72675; Fax: (030) 227 - 76675; E-Mail: thomas.nord@bundestag.de